



Ursula Groden-Kranich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Brief aus Berlin

Ausgabe 34/2015

Berlin, 06.11.2015

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

meine Berliner Woche begann europapolitisch, mit einer öffentlichen Anhörung zum Fünf-Präsidenten-Bericht. Darin schlugen EU-Kommissionspräsident Juncker, Ratspräsident Tusk und ihre Kollegen aus dem Europäischen Parlament, der Zentralbank und der Euro-Gruppe Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der EU vor. Tatsächlich sollten wir nach der Währungsunion nun auch die Wirtschaftsunion vollenden. Dabei dürfen bestimmte Grundregeln aber nicht ausgehebelt werden. Es kann nicht sein, dass deutsche Banken für Hochrisikogeschäfte anderer europäischer Kreditinstitute in Haftung genommen werden.

Am Mittwoch hatten wir im Europa-Ausschuss den französischen Europa-Staatsminister Harlem Désir zu Gast. Als Berichterstatterin meiner Fraktion für Frankreich diskutierte ich mit ihm die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise. Wir waren uns völlig einig, dass wir eine europäische Antwort brauchen – und dass diese mehr sein muss als die Summe von 28 einzelnen Lösungsansätzen. Daran müssen aber alle staatlichen Ebenen mitarbeiten, einschließlich der deutschen Bundesländer! Wenn ein Asylverfahren abgeschlossen und die Ausreisepflicht festgestellt ist, muss auch die rheinland-pfälzische Landesregierung konsequent abschieben und für die Kommunen die dringend benötigten Kapazitäten frei machen. Auch auf europäischer Ebene werden nun, wenn auch in sehr kleinen Schritten, die ersten Beschlüsse zur Bewältigung der Krise umgesetzt. Außerdem müssen wir die Länder an den EU-Außengrenzen weiter bei der Registrierung und Versorgung von Flüchtlingen unterstützen, um den Zustrom nach Europa zu kontrollieren und dies mit Transitzonen an unseren Grenzen ergänzen.

Am Donnerstag saß ich beim Parlamentarischen Abend zur Internationalen Jugendarbeit auf dem Podium. Politiker aller Fraktionen diskutierten dort über Chancen und Herausforderungen des Jugendaustauschs. Besonders spannend war es zu sehen, welche persönlichen Erfahrungen in der eigenen Kindheit und Jugend den Grundstein für das nachfolgende Engagement in Sachen Jugendaustausch legten.

Zum Abschluss der Woche standen heute zwei für mich besonders wichtige Themen auf der Tagesordnung. In zweiter und dritter Lesung haben wir das Hospiz- und Palliativgesetz und die gesetzliche Regelung der Sterbebegleitung beschlossen. Zur Debatte standen mehrere fraktionsübergreifende Gruppenentwürfe. Den von mir mit unterzeichneten Antrag, der heute erfreulicherweise die Mehrheit der Stimmen erhielt, finden Sie [hier](#).

Anschließend durfte ich im Plenum zum Thema Entgeltgleichheit reden. Zwar müssen wir immer noch eine Menge tun, um insbesondere die bereinigte Lohnlücke von etwa sieben Prozent weiter zu verringern. Die Behauptungen und Forderungen der GRÜNEN, deren Antrag wir heute diskutierten, gehen jedoch an der Wirklichkeit vorbei – sie sollten gerade in Rheinland-Pfalz zunächst „vor der eigenen Haustür kehren“ und ihrer Regierungsverantwortung gerecht werden.

Als Kulturtipp empfehle ich Ihnen "Best of Mainzer Wein": Dort wird am Samstag endlich wieder eine Mainzer Weinkönigin gewählt - pünktlich zum Jubiläum 200 Jahre Rheinhessen.

Ihre Ursula Groden-Kranich